DGB

SACKGASSE MINIJOB – BETROFFENE BERICHTEN

WARUM WIR DRINGEND EINE REFORM DER MINIJOBS BRAUCHEN



INHALT

3 **Vorwort: Die Geschichten hinter den Minijobs**

4 **Realitäts-Check: Minijob-Mythen widerlegt**

ERFAHRUNGSBERICHTE

6 **Wally Schöne: Niedriglöhne, kaum Arbeitnehmerrechte, nicht genug Rente**

8 **Helen Gärtner: Aufstocken trotz Zwölf-Stunden-Schichten**

10 **Angelika Bartusch: Wenn Amt und Arbeitgeber Druck machen**

12 **Richard Klein: Prekärer Berufseinstieg ohne zweite Chance**

14 **Christa Rein: Mit dem Dritt-Job das Spritgeld finanzieren**

16 **Karina Berg: Keine Chance auf Vollzeit**

17 **Marion Wick: Minijob in der Industrie**

18 **Helene Weiss: Vom Minijob in die Armutsrente**

20 **Katja Weber: Zwei Minijobs, um die private Altersvorsorge zu retten**

REFORMKONZEPT DES DGB

22 **Es geht auch anders**

IMPRESSUM

Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand
Abt. Arbeitsmarktpolitik
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin
info@dgb.de
www.dgb.de

verantwortlich: Annelie Buntenbach
Redaktion: Johannes Jakob
Texte und Interviews: Timm Steinborn

Layout: zang.design

Druck: PrintNetwork pn GmbH

Stand: Juli 2013

Die Fotos der Arbeitssituationen sind Symbolfotos.

Bestellung von Broschüren und Materialien des DGB bitte über das DGB-Online-Bestellsystem:
www.dgb-bestellservice.de

Schriftliche Bestellungen für Bestellerinnen/Besteller ohne Zugang zum Internet:
PrintNetwork pn GmbH
Stralauer Platz 33 – 34
10243 Berlin

VORWORT
Die Geschichten hinter den Minijobs

Sieben Millionen Minijobs gibt es heute. Doch das, was ihre Befürworter nach den „Hartz-Reformen" oft als Vorteile gepriesen haben, entspricht bei Weitem nicht der Realität der meisten Menschen, die tatsächlich in diesen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten müssen.

Für viele sind der Minijob und die bis zu 450 Euro im Monat nicht ein Zuverdienst, sondern die einzige Einnahme aus Erwerbstätigkeit. Ein Großteil der Minijobber arbeitet auch nicht freiwillig geringfügig, sondern wünscht sich zumindest eine reguläre Teilzeit-, besser sogar eine Vollzeitstelle. Minijobs sind auch keine Brücke zurück in den ersten Arbeitsmarkt, sondern für viele Beschäftigte eine Sackgasse, weil die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse für die Arbeitgeber unterm Strich oft mehr Vorteile bieten als reguläre Stellen. Und Minijobs sind längst nicht mehr nur niedrigschwellige Arbeitsangebote für Ungelernte, sondern werden für Millionen gelernter Fachkräfte zur Niedriglohnfalle.

Wir haben mit Minijobberinnen und Minijobbern gesprochen. Sie schildern, wie die Minijob-Wirklichkeit aussieht und berichten von ihrer Ausweglosigkeit, von drohender Altersarmut, von Dumpinglöhnen, von Sanktionen durch das Jobcenter und Schikanen durch den Arbeitgeber, von Tätigkeiten weit unter ihrer Qualifikation.

Wir dokumentieren diese Geschichten in dieser Broschüre, denn sie sind ein weiterer Beleg dafür, dass wir dringend eine Reform der Kleinstarbeitsverhältnisse brauchen. Der DGB hat ein solches Reformkonzept vorgelegt und gemeinsam mit vielen weiteren Verbänden die Parteien zum Handeln aufgerufen. Eine Minijob-Reform ist Teil der Neuen Ordnung der Arbeit, denn wir alle haben ein Recht auf gute Arbeit und verdienen eine sichere Rente.

Allen, die uns dafür von teilweise sehr intimen Details aus ihrer Arbeits- und Lebenswelt erzählt haben, danken wir ausdrücklich. Wir bitten um Verständnis dafür, dass nicht alle mit ihrem richtigen Namen erscheinen wollten – einige aus Scham, andere aus Sorge vor Konflikten mit dem Arbeitgeber.

Annelie Buntenbach
Mitglied im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand

REALITÄTS-CHECK
Minijob-Mythen widerlegt

BEHAUPTET WIRD …	FAKT IST …
… dass die meisten MinijobberInnen die geringfügige Beschäftigung bewusst gewählt haben.	… dass die Betroffenen von vielen verschiedenen Gründen berichten, warum sie einen Minijob angenommen haben – in vielen Fällen war das aber keine freie Entscheidung: So drohte das Jobcenter Angelika Bartusch (Seite 10) beispielsweise mit drei Monaten Sperre beim Arbeitslosengeld II (Alg II), wenn sie keinen Minijob annimmt. Richard Klein (Seite 12) hat lange einen regulären Arbeits- oder Ausbildungsplatz gesucht. Erst als er nach hunderten Bewerbungen keine Stelle fand, nahm er Minijobs an. Und Katja Weber (Seite 20) musste zwei Minijobs annehmen, weil das Jobcenter ihr erst Alg II gezahlt hätte, wenn sie ihre privaten Altersvorsorgeverträge auflöst.
… dass die meisten MinijobberInnen freiwillig wenig Stunden pro Woche arbeiten und gar keine umfangreichere reguläre Teilzeit- oder Vollzeitstelle haben wollen.	… dass vor allem die meisten Frauen, mit denen wir gesprochen haben, gerne mehr arbeiten möchten – aber keine reguläre Stelle finden. Studien des IAB bestätigen dies. Zwei Drittel der Minijobberinnen wollen die vereinbarte Arbeitszeit aufstocken. Bei vielen Minijob-Arbeitgebern gehört die geringfügige Beschäftigung oft fest zur Betriebspolitik. So wie bei Karina Berg (Seite 16). Sie bittet ihren Arbeitgeber, eine Catering-Großküche, seit acht Jahren um eine feste Stelle. Die Antwort ist seither dieselbe: Mehr als den Minijob könne man ihr im Betrieb nicht anbieten. „Sonst werden die Betriebskosten zu hoch." Die Minijobmauer zeigt ihre Wirkung.
… dass Minijobs eine Brückenfunktion in den regulären Arbeitsmarkt haben.	… dass fast alle MinijobberInnen, die wir interviewt haben, zwar großes Interesse an einer regulären Ausbildungs-, Teil- oder Vollzeitstelle haben, aber oft in einer regelrechten Minijob-Sackgasse stecken. Richard Klein (Seite 12) ist aufgrund seines „Minijob-Lebenslaufs" wie stigmatisiert und wird von potenziellen Arbeitgebern nur noch als Minijobber angefragt, statt die Chance auf einen Ausbildungsplatz zu bekommen.
… dass Minijobs für die Beschäftigten den Vorteil haben, dass sie „brutto für netto" arbeiten.	… dass das tatsächliche Verhalten vieler Arbeitgeber diesen angeblichen Vorteil wieder zunichtemacht. Minijobs sind oft absolute Niedriglohnstellen. Selbst bei gleicher Qualifikation bekommen viele MinijobberInnen nicht einmal die Hälfte des Stundenlohns von regulären Beschäftigten. So profitieren von der Steuer- und Abgabenfreiheit der Minijobs nur die Arbeitgeber – weil sie die Löhne quasi vorab kürzen. Drei Viertel aller MinijobberInnen bekommen weniger al 8,50

BEHAUPTET WIRD …	FAKT IST …
	Euro die Stunde. Die MinijobberInnen in dieser Broschüre berichten in der Regel von Stundenlöhnen zwischen fünf und 6,50 Euro – und selbst die werden oft noch unterschritten, weil Überstunden nicht bezahlt werden. Außerdem werden oft Urlaub oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall vorenthalten, wie bei Wally Schöne (Seite 6) und Angelika Bartusch (Seite 10). Das heißt dann unterm Strich: Weniger brutto, weniger netto.
… dass Minijobs vor allem Ungelernten einen Einstieg in Arbeit ermöglichen.	… dass fast alle von uns interviewten MinijobberInnen jahrelange Berufserfahrung, die Hochschulreife oder eine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Angelika Bartusch (Seite 10) arbeitete sogar in ihrem erlernten Beruf – aber eben nicht auf einer regulären Stelle, sondern in einem Minijob. So wird die Qualifikation gelernter Fachkräfte zerstört, gleichzeitig verbessern sich die Chancen für Ungelernte nicht.
… dass Minijobs für die meisten MinijobberInnen nur ein Zuverdienst sind. Solche Fälle gibt es selbstverständlich auch. Aber...	… dass für die meisten MinijobberInnen, die uns von ihren Erfahrungen berichtet haben, der Minijob die einzige Einnahmequelle aus einer Erwerbstätigkeit ist. Viele müssen deshalb trotz Berufstätigkeit das Einkommen aus ihren Minijobs regelmäßig mit Hartz IV aufstocken – so wie Helen Gärtner (Seite 8) und ihre Kolleginnen. Sie teilen dieses Schicksal mit weiteren 500 000 MinijobberInnen.
… dass Minijobs Schwarzarbeit bekämpfen – zum Beispiel bei Putz- und Haushaltshilfen.	… dass Untersuchungen zeigen, dass 4,5 Millionen Privathaushalte Haushaltshilfen beschäftigten, davon sind wenige regulär beschäftigt und nur 250 000 als Minijobs angemeldet. In der Privatindustrie werden Minijobs massenhaft eingesetzt, um Schwarzarbeit zu tarnen. Minijobs werden keineswegs hauptsächlich bei haushaltsnahen Dienstleistungen für Privatleute eingesetzt. 6,7 Millionen MinijobberInnen arbeiten in gewerblichen Unternehmen. Die von uns gesammelten Beispiele aus dem Einzelhandel zeigen, dass in manchen Branchen Minijobs flächendeckend und mit System eingesetzt werden – teilweise sogar, um reguläre Stellen zu ersetzen, wie Wally Schöne (Seite 6) berichtet.
dass Minijobs auch sozialversicherte Beschäftigungsverhältnisse sind.	… dass die Arbeitgeber nur pauschale Beiträge zahlen. In der Kranken- und Arbeitslosenversicherung führt dies zu keinen Ansprüchen. Auch in der Rentenversicherung ergeben sich nur Minirenten. Viele der von uns interviewten geringfügig Beschäftigten wissen deshalb schon heute, dass ihre Rente trotz jahrzehntelanger Berufstätigkeit unter dem Existenzminium liegen wird: zum Beispiel Christa Rein (Seite 14). Und Helene Weiss (Seite 18) wird deshalb wohl auch nach dem offiziellen Ruhestand in ihrem Minijob bleiben – um ihre Rente aufzubessern.



Manche Unternehmen ersetzen mit geringfügiger Beschäftigung gezielt reguläre Stellen. Davon kann auch Wally Schöne aus Göttingen berichten. Trotz Berufsausbildung und jahrzehntelanger Berufserfahrung hat sie mit über 50 Jahren keine neue Stelle mehr gefunden. Was blieb, waren Minijobs als Regaleinpackerin bei Supermärkten und Discountern, wo zuvor Festangestellte gearbeitet hatten: Minijobs mit Niedriglöhnen und unbezahlten Überstunden, ohne Urlaubsgeld, ohne Lohnfortzahlung bei Krankheit, ohne Mitbestimmung. Die Zeiten der Arbeitslosigkeit und der geringfügigen Beschäftigung reißen eine tiefe Lücke in Wally Schönes Rentenbilanz: Trotz 36 Jahren Vollzeit wird sie wohl keine Rente über der Grundsicherung bekommen.

NIEDRIGLÖHNE, KAUM ARBEITNEHMERRECHTE, NICHT GENUG RENTE

Wally Schöne, 56, ver.di., früher Minijobberin bei NETTO, heute ohne Arbeit

„Vor einigen Jahren bin ich aus Köln zu meinem neuen Mann nach Göttingen gezogen. Ich war mir sicher, dass ich wieder einen Job bekomme. Gelernt habe ich früher einmal Näherin, beziehungsweise Textilkauffrau, dann habe ich mich in den 70er Jahren nach der Geburt eines meiner Kinder in der Babypause weitergebildet und danach viele Jahre im Büro als Speditionskauffrau gearbeitet. Doch trotz Ausbildung, Weiterbildung und Berufserfahrung habe ich seit meinem Umzug mit über 50 Jahren keine Chance auf eine feste Stelle mehr bekommen. 2008 habe ich dann schließlich einen Minijob als so genannte Warenverräumerin bei einem Personaldienstleister angenommen und in tegut-Supermärkten Regale eingeräumt. Dafür gab es fünf Euro die Stunde. Nach einer Einarbeitungszeit sollte der Stundenlohn auf 5,50 Euro steigen. Das ist aber nie geschehen. Als ich dann zu den Kollegen gehörte, die einen Betriebsrat gründen wollten, bekam ich die Kündigung. Mit einer Kündigungsschutzklage habe ich zumindest noch eine Abfindung bekommen, war aber wieder arbeitslos.

Dann habe ich im November 2010 bei Netto angefangen. Wieder als Minijobberin und wieder als Warenverräumerin. Hier gab es 6,50 Euro die Stunde. Mit uns Minijobbern wurden in den ehemaligen PLUS-Filialen nach der Übernahme durch Netto die Vollzeitkräfte von PLUS ausgetauscht. Den ohnehin schon geringen Stundenlohn haben wir eigentlich nie bekommen. Denn die Stunden, die man im Monat gearbeitet hatte, bekam man nie alle bezahlt. Zum Beispiel wurden auf unseren Stundenzetteln immer automatisch die Pausen abgezogen, obwohl wir die tatsächlich fast nie nehmen konnte. Nach einer kurzen Schulung mussten wir auch immer wieder den Kassendienst übernehmen. Dafür mussten wir eine halbe Stunde früher da sein, um Wechselgeld zu zählen, und eine halbe Stunde länger bleiben, um die Kassenabrechnung zu machen. Auch das wurde nicht bezahlt. An der Kasse saßen wir fünf Stunden am Stück ohne Pause, Toilettengänge waren unmöglich. Dazu gab es ständigen Druck. Die Vorgabe war, 33 Artikel pro Minute zu scannen. Und wenn kein Kunde an der Kasse war, mussten wir weiter Regale einräumen. Die Kasse sollten wir dabei

Foto: privat

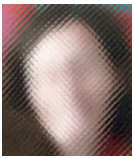


natürlich trotzdem im Blick behalten. Bei einem Fehler wurden wir von der stellvertretenden Marktleiterin vor den Kunden runter gemacht. Urlaubsgeld gab es keins, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auch nicht. Unsere Krankmeldungen landeten einfach im Papierkorb.

Unser Dienstplan wurde so kurzfristig gemacht, dass ich privat nicht länger als eine Woche im Voraus planen konnte. Samstags abends musste ich telefonisch erfragen, wann ich in der kommenden Woche arbeiten sollte. Ich hätte gerne mindestens eine reguläre Teilzeitstelle gehabt. Die Möglichkeit gab es aber nicht. Über den Stress und das Mobbing durch die Vorgesetzten bin ich krank geworden. Meine Schuppenflechte weitete sich zum Gelenkrheuma im Fuß aus, der so dick wurde, dass ich kaum gehen konnte. Das ist chronisch und wird mich ab jetzt immer begleiten. Als mein Minijob-Vertrag bei Netto im April 2011 auslief, wurde er nicht verlängert.

Eine reguläre Stelle habe ich derzeit nicht in Aussicht. Das heißt, dass ich nach dem jetzigen Stand eine Rente unterhalb der Grundsicherung bekommen werde. Dabei habe ich 36 Jahre lang Vollzeit gearbeitet. Ich habe mein Kind damals mit einem Jahr zu seiner Oma gegeben, damit ich Schicht arbeiten konnte. Ich habe in den 90er Jahren als Alleinerziehende gekellnert, um genug Geld zusammen zu haben. Und heute kann ich meinen Enkeln nicht einmal von meinem eigenen Geld etwas schenken. Das ist kein schönes Gefühl. Mein Mann ist verbeamtet. Zumindest das gibt uns Sicherheit. "

Foto: contrastwerkstatt/Fotolia.com



Minijobs sind größtenteils Jobs im Niedriglohnbereich. Zur mangelnden sozialen Absicherung kommt so für viele Minijobber noch die Niedriglohnfalle: Selbst wenn sie im selben Job eine Teil- oder Vollzeitstelle bekommen würden, lägen viele wegen der niedrigen Löhne am Ende des Monats trotzdem noch unter dem Existenzminimum und müssten beim Amt „aufstocken gehen". So wie Helen Gärtner und viele ihrer Kollegen. Alternativen zum Minijob gibt es oft nur in anderen prekären Arbeitsverhältnissen: Das Jobcenter empfahl Helen Gärtner Stellen in der Leiharbeit. Und die kaum planbaren Arbeitszeiten des Minijobs machen Helen Gärtner inzwischen auch gesundheitlich zu schaffen.

AUFSTOCKEN TROTZ ZWÖLF-STUNDEN-SCHICHTEN

Helen Gärtner*, 47, NGG, Verkäuferin in einer Bäckerei

„Ich muss jeden Monat zum Amt gehen, meinen Lohnzettel abgeben, und bekomme dann die Differenz zur Grundsicherung aufgestockt. Seit ungefähr anderthalb Jahren arbeite ich bei meinem jetzigen Arbeitgeber, einer großen Bäckerei mit vielen Filialen in unserer Region. Ich habe auf 400-Euro-Basis angefangen und arbeite seitdem im Minijob. An meinen Arbeitstagen arbeite ich eigentlich nur sechs Stunden pro Tag, meistens sind es aber mehr. Dafür gibt es etwas über fünf Euro brutto pro Stunde. Bei diesen Stundenlöhnen würde es sich für mich kaum lohnen, Vollzeit zu arbeiten. Selbst Kolleginnen, die acht Stunden jeden Tag arbeiten, müssen oft zum Amt aufstocken.

Mit dem Jobcenter habe ich gute und schlechte Erfahrungen gemacht. Was mir überhaupt nicht passt ist aber, dass man als Minijobberin trotzdem noch behandelt wird wie eine Arbeitslose. Das Jobcenter fordert mich immer wieder auf, mir einen Job mit einem höheren Stundenlohn zu suchen. „Das sind doch Peanuts. Eine Zeitarbeitsfirma zahlt mehr", wurde mir gesagt. Auf Stellen, die das Jobcenter mir angeboten hat, habe ich mich beworben – ohne Erfolg. Das Amt hat mich dann aufgefordert, neben meinem Minijob noch an Maßnahmen teilzunehmen. Zu der Zeit habe ich vier Stunden täglich gearbeitet und sollte dann täglich noch vier Stunden Maßnahme machen. „Gerne", habe ich dazu gesagt. „Ich bin froh, wenn ich noch was dazulernen kann. Was ist es denn für eine Maßnahme?" „Ein Bewerbungstraining", war die Antwort. Wohlgemerkt: Auf meine jetzige Stelle hatte ich mich selbst beworben und sie auch bekommen. Letztens habe ich mit meiner Chefin einen Urlaub vereinbart. Weil ich aufstocke hätte ich das eigentlich, wie andere Hartz-IV-Empfänger auch, dem Amt melden müssen. Aber ich arbeite, ich habe mir den Urlaub verdient und es ist meine Sache, wohin ich fahre.

Ich kann nicht einfach zu Hause sitzen. Es ist ein schönes Gefühl zu sagen: „Ich gehe jetzt zur Arbeit." Aber es ist ein unangenehmes Gefühl, sagen zu müssen: „Ich gehe zum Amt." Ich schäme mich dafür, dass ich aufstocken gehen muss. Neulich saß ich im Bus auf dem Weg zum Amt, als mich meine Tochter anrief. „Wohin fährst du?", fragte sie. „Ich muss noch was erledigen", sagte ich nur, weil ich nicht wollte,

*Name geändert



Foto: colourbox

dass die anderen Fahrgäste hören, wohin ich fahre. Ich habe schon oft versucht, meine Kolleginnen von einer Gewerkschaftsmitgliedschaft zu überzeugen, damit wir gemeinsam gute Tariflöhne durchsetzen können. Unter sechs Euro sind zu wenig.

Meine Chefin war bei der Arbeitseinteilung durchaus verständnisvoll und ist mir schon entgegengekommen. Gleich zu Beginn meines Minijobs musste ich insgesamt vier OPs machen lassen und auch, als ich einmal persönliche Probleme hatte, hat sie das akzeptiert und mich in diesen Zeiten weniger eingeplant. Allerdings leisten wir Minijobber im Gegenzug auch jede Menge. Ab und zu gibt es auch mal eine 12,5-Stunden-Schicht und nach meinen Krankenhausaufenthalten bin ich dann doch früher wieder arbeiten gegangen und habe mehr Tätigkeiten gemacht als der Arzt eigentlich erlaubt hatte. Wir wissen außerdem oft nicht genau, wann wir welche Schicht wie lange arbeiten werden. Das belastet mich sehr. Ich möchte schließlich auch planen können. Erst neulich musste ich mal wieder spontan 10,5 Stunden arbeiten. Das hatte mir vor der Schicht niemand gesagt. Angeblich wusste meine Chefin nichts davon, dass eine Kollegin krank gemeldet war, eine andere Urlaub eingereicht hatte und ein Student seinen Job bereits beendet hatte. Ich habe inzwischen tagelang Magenschmerzen und bin nur noch kaputt, meine Konzentration ist im Keller. Und dann bekomme ich auch noch mit, dass eine Vorgesetzte uns Verkäuferinnen bei einem Telefonat als „stinkfaules Pack" bezeichnet. Ich hoffe, dass ich die Firma sobald wie möglich verlassen kann. "



In Minijobs arbeiten keineswegs nur ungelernte Kräfte. Der weit überwiegende Teil der Minijobber hat eine abgeschlossene Berufsausbildung oder sogar ein Studium. So wie die gelernte Bäckereifachverkäuferin Angelika Bartusch. Die 52-Jährige Göttingerin hat die Erfahrung gemacht, dass auch gelernte Fachkräfte vom Jobcenter in Ein-Euro- und in Minijobs vermittelt werden. Druck gibt es oft von zwei Seiten: Wer sich weigert, Minijobs anzunehmen oder eine Stelle verlässt, dem droht das Jobcenter schon mal mit Leistungskürzungen – und nicht wenige Arbeitgeber beugen geltendes Recht, weil sie deshalb gegenüber den Minijobbern am längeren Hebel sitzen.

WENN AMT UND ARBEITGEBER DRUCK MACHEN

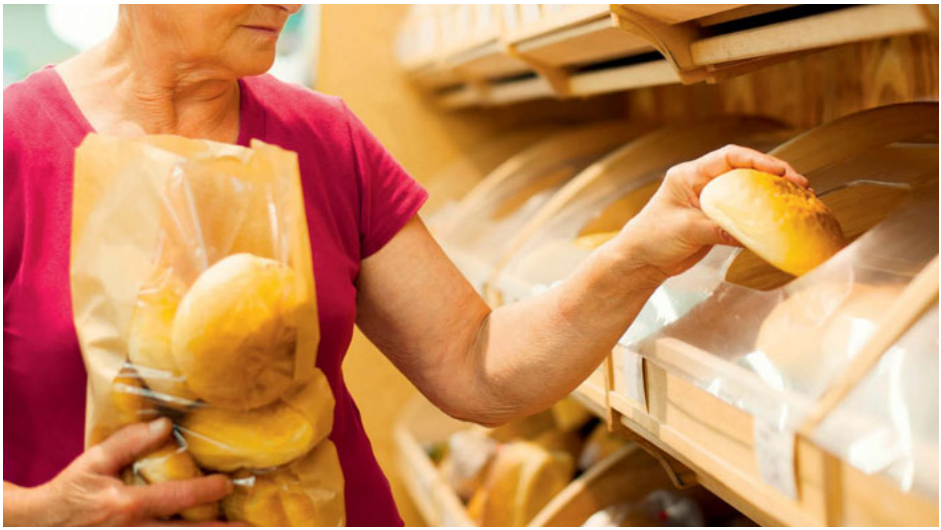
Angelika Bartusch, 52, ver.di, bis November 2012
Verkäuferin in einer SB-Bäckerei

„Vor meinem letzten Minijob war ich vier Jahre lang arbeitslos. Beworben habe ich mich auf reguläre Stellen und habe jede Menge Absagen bekommen. Zwischenzeitlich hat mich das Jobcenter in einen Ein-Euro-Job vermittelt. In eine Gärtnerei. Auf die Arbeit mit Pflanzen und Blumen habe ich mich sogar gefreut. Tatsächlich musste ich aber einen Hühnerstall ausmisten. Die Hühner gehörten einer Privatperson und als die Tiere dann eine Fußkrankheit bekamen und ich ihnen noch die Krallen eincremen sollte, habe ich gesagt: „Das ist keine gemeinnützige Arbeit, das ist kein Ein-Euro-Job", und habe mich geweigert. Das Jobcenter hat mir daraufhin 30 Prozent vom Arbeitslosengeld II gesperrt. Von Hartz IV noch mal 30 Prozent weg ist eine ganz schöne Menge. Ich bin dann mit dem Fall an die Öffentlichkeit und habe Widerspruch eingelegt – letztendlich wurde die Sperre zurückgenommen und ich habe mein Geld nachträglich wiederbekommen.

Dann habe ich schließlich eine Stelle als Verkäuferin in einer Selbstbedienungs-Bäckerei bekommen – als Minijobberin auf 400-Euro-Basis. Zusätzlich musste ich natürlich beim Amt aufstocken. Vom Jobcenter hätte es drei Monate Sperre geben sollen, wenn ich die Stelle nicht annehme. Als Stundenlohn gab's sechs Euro brutto. Auf die 400 Euro im Monat sind ich und meine Kollegen selten gekommen, weil unsere Firma den Überblick verloren und zu viele Minijobber eingestellt hat, so dass keiner richtig auf seine Stunden kam. Auf drei Ganztagskräfte kamen bei uns zehn Minijobber. Meine Erfahrung mit dem Minijob: Man wird nur rumgeschubst, bekommt keinen Urlaub und kein Krankengeld. Wir mussten in der Filiale teilweise Dinge machen, von denen ich als gelernte Kraft wusste, dass sie eigentlich rechtswidrig sind – zum Beispiel Ware verkaufen, die eigentlich schon zu alt war. Wenn ich dann angesprochen habe, dass das so nicht geht, hieß es von den Vorgesetzten immer nur: „Wenn's dir nicht passt, dann geh doch."

Drei Jahre habe ich dort gearbeitet. Dann kam eine neue Chefin und hat gleich gesagt: „Sechs Euro Stundenlohn sind zu viel." Wir sollten für fünf Euro die Stunde arbeiten. Das wollte ich nicht mitmachen. Am nächsten Tag hat sie mich und drei weitere Kolleginnen nach-

Foto: privat



einander ins Büro zitiert und uns unsere Kündigungen vorgelegt. Wir sollten unterschreiben, dass wir unsere Stelle selbst kündigen, denn unser Arbeitgeber hatte gegenüber dem Amt zugesagt, uns für einen bestimmten Zeitraum weiter zu beschäftigen. Auch das habe ich nicht getan. Daraufhin hat mich die neue Chefin am Kragen gepackt und vor Kunden und Kollegen wortwörtlich aus dem Laden geschmissen. Die drei anderen Kolleginnen und ich wurden durch vier neue Minijobber ersetzt. Das war im November 2012, seitdem bin ich wieder arbeitslos. Das Jobcenter hatte zunächst überlegt, ob es mir wegen der verlorenen Stelle eine Sperre geben soll. Aber ich habe mit meinem Anwalt ganz klar gemacht: Wenn ich eine Sperre bekomme, gehe ich mit dem Fall sofort wieder an die Öffentlichkeit.

Ich bewerbe mich jetzt wieder. Die Stellen, die ich vom Jobcenter angeboten bekomme, sind in der Regel immer noch Minijobs in Bäckereien – viele weit außerhalb. Da bin ich fast schon froh, wenn ich keine Zusage bekomme, denn wenn der Arbeitsplatz weiter weg liegt, bleibt nach Abzug der Fahrtkosten für die Monatskarte noch weniger Geld übrig als ohnehin schon. Ich möchte nicht mehr zum Amt laufen müssen, ich möchte nicht mehr aufstocken. Ich würde sofort ganztags arbeiten, aber bitte nach Tarif. In meinem Minijob habe ich inklusive Aufstocken rund 800 Euro im Monat gehabt. Die Ganztagskräfte in unserer Firma hatten auch nur 850 Euro brutto, manche bekamen dann noch Wohngeld dazu. Wenn ich schon ganztags arbeite, dann möchte ich auch davon leben können. "

Foto: flickr.com/phogel CC BY 2.0



Richard Klein will einen Ausbildungsplatz. Mehr nicht. Bekommen hat der junge Berliner bisher auch vier Jahre nach seinem Schulabgang nur Minijobs. Mehr nicht. Seine Arbeitgeber geben offen zu, dass ihnen eine Ausbildung zu kompliziert wäre. Minijobber seien flexibler und unterm Strich auch billiger. „Einmal Minijob, immer Minijob", ist Richard inzwischen überzeugt. Sein Minijob-Lebenslauf ist für ihn zur Sackgassen geworden – und nicht zur Brücke in Ausbildung und Arbeit.*

PREKÄRER BERUFSEINSTIEG OHNE ZWEITE CHANCE

Richard Klein*, 24, Regaleinpacker und Lagerarbeiter

„Meine erste Chance auf dem Arbeitsmarkt habe ich mir selbst verbaut: In meinem letzten Schuljahr vor dem Abitur habe ich viel falsch gemacht. Das weiß ich und gebe dafür niemandem außer mir selbst die Schuld. Statt mit Abitur stand ich dann mit 20 Jahren nur mit einem Realschulabschluss da – und mit ziemlich schlechten Noten.

Zum Glück habe ich mich wieder gefangen und mir selbst gesagt: „Du musst jetzt was machen, zu Hause rumsitzen ist nicht!" Ich habe mich auf Ausbildungsplätze beworben: als Mechatroniker, als Bäcker, als Bürokaufmann, als Gärtner. Wählerisch war ich nicht, bekommen habe ich trotzdem keine Lehrstelle. Also habe ich meinen ersten Minijob angenommen, weil ich Einsatz zeigen wollte und dachte: „Besser ein Minijob als gar kein Job." Ich habe als Regaleinpacker im Supermarkt angefangen, zwei Mal in der Woche. Es hat Spaß gemacht unter Kollegen zu arbeiten, auch wenn es nur für wenige Stunden war.

Mein Arbeitgeber war nicht der Supermarkt direkt, sondern eine Firma, die sich auf solche Dienstleistungen spezialisiert hatte. Da haben, soweit ich weiß, fast nur Minijobber gearbeitet. Mein Chef dort mochte mich und hat mir auch außerhalb seiner Firma weitere Kontakte vermittelt. Zum Beispiel zu einem kleinen Berliner Einzelhändler, der mehrere Kioske und kleine Lebensmittelmärkte betreibt. Oder zum Teilelager eines Metallbauers. Bei beiden habe ich Jobs bekommen – aber eben wieder nur Minijobs.

Ein Jahr lang habe ich mich neben der Arbeit in diesen Minijobs weiter auf Lehrstellen beworben, rund 100 Bewerbungen habe ich rausgeschickt. Auch bei meinen Minijob-Arbeitgebern habe ich angefragt. Die waren zwar mit mir zufrieden, sagten aber, dass es für sie viel komplizierter sei, einen Ausbildungsplatz zu schaffen als einfach Minijobber anzustellen. Die seien schließlich flexibler und auch billiger.

Dann bekam ich endlich meine erste Einladung zu einem Vorstellungsgespräch bei einer Firma, bei der ich mich auf eine Lehrstelle als Lagerist beworben hatte. „Endlich geschafft", dachte ich. Doch beim Gespräch stellte sich heraus, dass man mir wieder nur einen Minijob

*Name geändert



anbieten wollte. „Ich habe mich eigentlich auf eine Lehrstelle beworben", sagte ich. „Aber Herr Klein, dann sind Sie ja ständig in der Berufsschule und wenn Sie mal krank werden, müssen wir dann doch sowieso wieder einen Minijobber als Ersatz organisieren. Und wenn ich Ihren Lebenslauf sehe, sind Sie doch bisher auch gut mit Minijobs klar gekommen", entgegnete der Lagerleiter.

Ich arbeite also immer noch in Minijobs. Sie sind für mich keine Brücke in Arbeit oder in eine Ausbildung, wie immer behauptet wird. Eher das Gegenteil: Wer als Arbeitgeber sieht, dass ich inzwischen jahrelang in Minijobs gearbeitet habe, bietet mir ebenfalls nur Minijobs statt einer Ausbildung an. Das ist mir jetzt schon häufiger passiert. Und das wird wahrscheinlich so lange so bleiben, wie es massenhaft Minijobs gibt. Denn wenn man ehrlich ist, sehen viele Arbeitgeber Auszubildende auch nur als billige Arbeitskräfte – und Minijobber sind dann eben noch billiger und flexibler. Meine erste Chance habe ich mir versaut. Aber für Minijobber wie mich gibt es keine zweite Chance auf dem Arbeitsmarkt. Einmal Minijob, immer Minijob.

Foto: Colourbox



Die Braunschweigerin Christa Rein sorgt dafür, dass andere einen sauberen Arbeitsplatz oder ein sauberes Zuhause haben – und trotzdem bleiben sie und ihre meist weiblichen Kolleginnen für andere oft unsichtbar. Sie sind die, die im Hintergrund arbeiten, früh morgens oder nach Dienstschluss. Bis zu 16 Stunden am Tag war Christa Rein für ihren Job als Raumpflegerin manchmal auf den Beinen, neun Stunden am Tag sind oft Durchschnitt – und das in verschiedenen Teilzeit- und Minijobs. Der Minijob ist zwar ein Zuverdienst für sie. Davon leistet sie sich aber keine Extras, sondern nicht selten das Spritgeld für die Fahrt zu den Aufträgen. Aufstocken musste sie trotzdem oft, genug Rente wird sie nicht bekommen.

MIT DEM DRITT-JOB DAS SPRITGELD FINANZIEREN

Christa Rein, 54, IG BAU, Gebäudereinigerin

„Ich habe in meinem Arbeitsleben als Raumpflegerin eigentlich immer Minijobs gehabt – manchmal nur für kurze Zeit, manchmal über einen längeren Zeitraum, oft neben regulären Teilzeit- oder Vollzeitstellen. Trotzdem musste ich oft noch aufstocken. Es gab eine Zeit, da hatte ich zwei sozialversicherte Teilzeitstellen mit je 3,5 Stunden Arbeitszeit pro Tag, eine auf Steuerklasse Eins, eine auf Steuerklasse Sechs. Dazu habe ich dann noch einen Minijob gemacht. Denn aus den beiden Teilzeitstellen bin ich am Monatsende mit rund 800 Euro netto nach Hause gegangen. Selbst für mich als Single hat das nicht gereicht – unter anderem deshalb nicht, weil ich für meine Jobs auch noch das Spritgeld finanzieren musste, um zu den verschiedenen Einsatzorten zu kommen. Es kommt selten vor, dass das Spritgeld erstattet wird. Und wenn doch, ist man immer vom guten Willen der Vorgesetzten abhängig.

„Haben Sie ein Auto? Sind Sie flexibel?", wird trotzdem bei jedem Vorstellungsgespräch gefragt. Flexibilität ist gern gesehen. Und diese Flexibilität bieten die Minijobs. Deshalb sind sie bei den Arbeitgebern in der Gebäudereinigung so beliebt, obwohl sie sich mit mehreren Minijobs gelegentlich teurer stellen als mit einer regulären Vollzeitstelle. Bei Minijobs können sie zum Beispiel Lohnerhöhungen durch Arbeitsverdichtung besser wieder einsparen. Statt in zwei Stunden am Tag muss eine Minijobberin ein Objekt dann beispielsweise in einer Vorgabezeit von Ein-Dreiviertel-Stunde schaffen. So holt der Arbeitgeber die Lohnerhöhung wieder rein. Und die meisten Kolleginnen in den Minijobs machen das Spiel mit. „Die fünfzehn Minuten sind doch nicht so schlimm", sagen sich viele und arbeiten natürlich trotzdem weiterhin zwei Stunden oder mehr. Diese fünfzehn Minuten pro Minijobberin machen für den Arbeitgeber aber unterm Strich eine ganze Menge aus. Und die Kosten der Lohnerhöhung gibt er dann trotzdem oft noch an den Kunden weiter.

Minijobs statt Vollzeitstellen werden auch deshalb in der Gebäudereinigung von den Arbeitgebern eingesetzt, weil man unter diesem Zeitdruck in einer Vollzeitstelle nach einem durchgehenden Sechs-, Sieben- oder Acht-Stunden-Tag merken würde, dass man eigentlich



Foto: Colourbox

Akkord arbeitet. Den meisten sind deshalb vier oder fünf Minijobberinnen lieber, die freiwillig und mit unbezahlten Überstunden über ihr Zeitlimit gehen, als eine Vollzeitkraft, die den Druck irgendwann nicht mehr mitmacht.

Der Vorteil der Arbeitgeber bei den Minijobs ist unser Nachteil: Die meisten von uns werden später im Alter in die Grundsicherung müssen. Viele Frauen setzen darauf, dass sie auch im Alter noch mit ihrem Ehemann zusammen sind, dessen Rente dann den gemeinsamen Ruhestand finanziert. Die Alleinstehenden sind sich in der Regel bewusst, dass ihre Rente nicht zum Leben reichen wird. Aber sie verdrängen es und haben immer noch ein Fünkchen Hoffnung, dass es schon besser werden wird. Woher sie dieses Fünkchen nehmen, ist mir immer unklar gewesen. Ich bin für eine Sozialversicherungspflicht ab dem ersten verdienten Euro. Dann wären die Arbeitgeber in der Pflicht. Sie wären in der Pflicht für eine soziale Verantwortung, die sie haben, aber momentan nicht wahrnehmen. "



Was in der Kantine, in der Schule oder in der Kita mittags auf den Tisch kommt, bereiten Menschen wie Karina Berg und ihre Kolleginnen und Kollegen jeden Tag frisch zu. Karina Berg ist Küchenhilfe bei einem Catering-Unternehmen in Jena. Den Minijob hat sie vor vielen Jahren genommen, weil sie als Alleinerziehende mit vier Kindern einen Zuverdienst mit passenden Arbeitszeiten suchte. Heute würde sie gerne mehr arbeiten. Ihr Arbeitgeber setzt aber weiter auf Minijobs – obwohl Karina Berg acht Jahre lang nach einer besseren Stelle gefragt hat und der Betrieb ständig neue Arbeitskräfte sucht.

KEINE CHANCE AUF VOLLZEIT

Karina Berg*, 46, NGG, Küchenhilfe

„Einen Minijob habe ich vor vielen Jahren gesucht, um mir etwas dazu zu verdienen. Als Alleinerziehende mit vier Kindern kamen die Jobs, in denen andere Frauen gearbeitet haben, für mich persönlich nicht in Frage. Im Einzelhandel sind die Arbeitszeiten einfach zu ungünstig. Meine Kinder sollen auch noch etwas von mir haben, Familienleben geht vor! Und von der Gebäudereinigung haben mir viele Bekannte abgeraten, weil das echte Knochenarbeit sein kann. Über eine Freundin bin ich dann an meinen jetzigen Betrieb gekommen und arbeite seitdem als Küchenhilfe in der Großküche eines Catering-Unternehmens. Angefangen habe ich mit 165 Euro im Monat, nach etwa zwei Jahren bin ich dann rauf auf 400 Euro im Monat. Die Arbeitszeiten sind optimal für mich. Wenn ich einen ganzen Tag arbeite, geht es von sieben bis 15 Uhr, bei einem halben von elf bis 15 Uhr. Ich mag die Arbeit in der Küche sehr, mein Arbeitgeber ist korrekt und die Kollegen dufte.

Sobald es meine Familiensituation zuließ, habe ich deshalb gefragt, ob ich nicht mehr Stunden arbeiten könnte – zum Beispiel in einer echten Teilzeit- oder Vollzeitstelle. Als Antwort bekam ich, dass 400 Euro ausreichen. Mehr als den Minijob könne man mir im Betrieb nicht anbieten. Sonst würden die Betriebskosten zu hoch. Dabei läuft der Betrieb gut, wir suchen ständig neue Leute und mein Arbeitgeber ist sehr zufrieden mit mir. Aber der Einsatz von Minijobbern ist im Betrieb fest eingeplant und auch für mich wird keine Ausnahme gemacht. Etwa zwei Drittel unseres Teams in der Küche sind Minijobber.

Ich habe immer wieder gefragt, ob ich nicht mehr arbeiten könne. Doch seit über acht Jahre bekomme ich nun ein Nein. Mit meinen anderen Einkommensquellen wie einer Erziehungsrente oder dem Kindergeld komme ich mit meinen Kindern zwar ganz gut über die Runden. Trotzdem würde ich gerne mehr arbeiten und mehr verdienen. Weil mir mein Job so gefällt und das Umfeld und die Arbeitszeiten so gut passen, könnte ich mir sogar vorstellen, bis zur Rente in dem Betrieb zu arbeiten. Die Chance auf eine reguläre Vollzeitstelle werde ich aber wohl nicht bekommen."

*Name geändert



Nicht mehr nur in Dienstleistungsbranchen, auch in Industrieunternehmen werden Minijobs eingesetzt. Marion Wick arbeitet im Norden Baden-Württembergs bei einem Unternehmen der Automobil-Zulieferindustrie als geringfügig Beschäftigte. Daneben hat die zweifache Mutter noch eine reguläre Halbtagsstelle im Groß- und Außenhandel. „Man muss schauen, wo man bleibt", sagt Wick – auch finanziell. In ihrem Minijob-Betrieb zeigt sich, dass gewerkschaftliches Engagement und betriebliche Mitbestimmung auch geringfügig Beschäftigten helfen.

MINIJOB IN DER INDUSTRIE

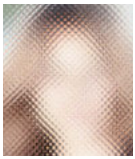
Marion Wick*, 36, IG Metall, Minijob bei einem Unternehmen der Automobil-Zulieferindustrie

„Mit meinem Minijob habe ich angefangen, als mein erstes Kind ein Jahr alt war. Ich musste einfach wieder mal rauskommen und was tun. Vorher habe ich Vollzeit im Groß- und Außenhandel gearbeitet, in meinem Minijob arbeite ich jetzt in der Endkontrolle eines Verbindungselementeherstellers der Automobilzulieferindustrie. Ich kontrolliere die fertigen Teile und sortiere fehlerhafte aus. Unser Stundenlohn beträgt fast 9,50. Das ist ordentlich. Und die Arbeitsbedingungen in unserem Betrieb sind gut: Bei unseren Arbeitszeiten können wir mitreden und im Voraus planen und erst kürzlich sind wieder drei Minijobber in reguläre Stellen übernommen worden – wenn auch befristet. Unser Betriebsrat ist auch für uns Minijobber da und setzt sich für unbefristete Übernahmen ein. Die meisten von uns sind Mitglied der IG Metall.

Inzwischen habe ich zwei Kinder und arbeite wieder in meinem Beruf im Groß- und Außenhandel – allerdings nur halbtags. Daneben mache ich meinen Minijob weiter. An Tagen mit beiden Jobs muss ich morgens früh raus und bringe meine Kinder erst einmal zu meinen Eltern. Dann fange ich um acht Uhr morgens meine Halbtagsstelle an, fahre mittags zurück nach Hause und arbeite danach von 14 Uhr bis 20.15 Uhr in meinem Minijob in der Endkontrolle. Das ist stressig. Günstiger wäre es für mich schon, wenn ich wieder Vollzeit in meiner Stelle im Groß- und Außenhandel arbeiten könnte. Dann würde ich aber wegen meiner Steuerklasse und der meines Mannes unterm Strich weniger Geld herausbekommen, als jetzt halbtags plus Minijob. Das dürfte eigentlich nicht sein – für Familien ist das wirklich ungünstig.

Bei einem Unternehmen in der Region in einem Minijob zu arbeiten, ist in unserem Umfeld nicht unüblich. In meinem Zulieferbetrieb arbeiten pro Schicht in der Endkontrolle immer drei Leute. Das sind insgesamt sechs oder sieben Festangestellte, zwei Halbtagskräfte und rund 20 Minijobber. Von den anderen Minijobbern machen einige wie ich den Job neben einer anderen Stelle, für die meisten sind die 400 Euro aber das einzige eigene Einkommen."

*Name geändert



Seit rund zehn Jahren gibt es die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse in ihrer heutigen Form. Die „Hartz II-Reform" hat dafür gesorgt, dass Minijobs ein Massenphänomen geworden sind. Wer lange in Arbeitsverhältnissen wie den Minijobs gearbeitet hat, wird später kaum eine Chance auf eine Existenz sichernde Rente haben. So wie die Hamburgerin Helene Weiss, die nach einem arbeitsreichen Leben mit weniger als 500 Euro auskommen müsste. Als Auswege bleibt nach dem Renteneintritt der Gang zum Amt und der Weg zurück in ihren Minijob an der Tankstelle, in dem sie schon heute arbeitet. Bevor sie arbeitslos und dann Minijobberin wurde, arbeitete Helene Weiss übrigens schon einmal an derselben Tankstelle – in Vollzeit.

VOM MINIJOB IN DIE ARMUTSRENTE

Helene Weiss*, 61, Kassiererin an einer Tankstelle

„Wenn ich in Kürze in Rente gehe, kann ich mich gleich wieder beim Amt melden und meine Grundsicherung beantragen. Ich versuche noch, einige Versicherungszeiten anerkannt zu bekommen, aber es werden wohl nicht viel mehr als 500 Euro Rente werden. Gearbeitet habe ich eigentlich mein ganzes Leben lang – nur eben nicht immer genug in die Rentenkasse gezahlt. Nach der Schule habe ich in den 60er Jahren eine Lehrstelle im guten alten Handwerk bekommen und eine Lehre als Damenschneiderin gemacht. Gearbeitet habe ich nach der Lehre in dem Beruf dann allerdings nicht, weil ich meinen Mann kennengelernt und geheiratet habe.

Als mein Mann dann zwei Jahre später starb, stand ich mit 20 Jahren und mit unserem wenige Monate alten Sohn allein da. Unser Kind habe ich allein groß gezogen, nebenbei habe ich immer wieder geputzt und als Serviererin gearbeitet, wenn ich Verwandte oder Bekannte gefunden habe, die auf den Kleinen aufpassen konnten. Das war natürlich nicht immer auf Lohnsteuerkarte. Als mein Sohn schon zur Schule ging, habe ich mir dann wieder eine feste Stelle gesucht und angefangen, Teilzeit als Kassiererin in einer Tankstelle zu arbeiten. Das hat mir gleich Riesenspaß gemacht. Die meisten Kunden hatten damals ja noch eine Stammtankstelle und man sah täglich die halbe Nachbarschaft. In den 90er Jahren lief das Geschäft eine Zeit lang so gut, dass mein Chef mir eine Vollzeitstelle an der Kasse gegeben hat – meine erste Vollzeitstelle mit über 40 Jahren. Einige Jahre später hat er die Tankstelle dann aber an einen der großen Ölkonzerne verkauft. Mehrere Angestellte, auch ich, wurden kurz darauf gekündigt. Warum, weiß ich bis heute nicht genau.

Ich habe dann einige Zeit im Büro meines damaligen Lebensgefährten gearbeitet, der einen Speditionsbetrieb hatte. Als die Beziehung auseinander ging, habe ich mich arbeitslos gemeldet – zum ersten Mal in meinem Leben. Das war 2002 und mit 50 Jahren hat mir das Arbeitsamt damals nicht viel Hoffnung gemacht. Als meine Vermittlerin mir dann etwa ein Jahr später einen Job in „meiner" alten Tankstelle angeboten hat, war ich ganz aus dem Häuschen. Es war zwar nur eine geringfügige Beschäftigung, also ein Minijob, aber das war mir damals

*Name geändert



egal. In diesem Minijob arbeite ich jetzt seit zehn Jahren für 400 Euro, beziehungsweise heute für 450 Euro. Dazu bekomme ich natürlich Geld vom Amt.

Mit meiner alten Stelle in der Tankstelle hat das nicht mehr viel zu tun. Wo ich früher allein an der Kasse stand, wechsele ich mich heute mit Studenten und anderen Minijobbern ab. Mit meinem heutigen Chef verstehe ich mich ganz gut, so dass ich mir als „alter Hase" wenigstens meine festen Tage und Schichten sichern konnte. Alle anderen Kollegen müssen nehmen, was ihnen gegeben wird. Manchmal werden Leute um zehn Uhr abends aus dem Bett geklingelt, um zur Nachtschicht anzutanzen. Es beschwert sich aber keiner. Neben unserer Kasse hängt ein Schild „Mitarbeiter auf 400-Basis gesucht". Das hängt unser Chef eigentlich nie ab. So ist allen klar, dass sie jederzeit ersetzbar sind. Auch den wenigen Festangestellten. Mir will mein Chef keine reguläre Stelle geben. Er wisse ja bei meinem Alter nie, wann ich krank würde und er einen Ersatz einstellen müsste. Dabei bin ich nie krank. Mein Chef hat mir aber schon angeboten, meine Rente aufzubessern: mit einem Minijob an der Tankstelle. Ich werde das Angebot annehmen, denke ich. 2014 hätte ich schließlich, von Unterbrechungen abgesehen, so etwas wie mein 30-jähriges Firmenjubiläum.

Foto: Colourbox



Weil das Jobcenter von ihr verlangte, ihre private Altersvorsorge aufzulösen, suchte sich die Berlinerin Katja Weber zwei Minijobs, statt Arbeitslosengeld II zu beantragen. Die Verhältnisse in einem ihrer beiden Minijobs nennt sie schlicht und einfach eine Katastrophe – vor allem für Menschen, die über Jahre in solchen Jobs arbeiten müssen. Ihr anderer Minijob hat ihr gezeigt, dass Arbeitgeber sich gegenüber Minijobbern auch korrekt und fair verhalten können. Trotzdem würden viele Minijobber „von einem finanziellen Loch zum nächsten stolpern", meint Weber – obwohl sie nicht selten genau so viel arbeiten, wie Menschen mit Vollzeitstellen.

ZWEI MINIJOBS, UM DIE PRIVATE ALTERSVORSORGE ZU RETTEN

Katja Weber, 46, ver.di, früher Minijobberin, heute Angestellte bei ver.di

„Meine berufliche Laufbahn ist recht bunt. Mit meinem Fachabitur habe ich ein Studium begonnen, neben dem Studium als Familienhelferin und in anderen sozialen Berufen gearbeitet, später dann bei einem gewerkschaftlichen Bildungsträger und sogar zehn Jahre in einem Plattenladen, in dem ich einen Betriebsrat gegründet habe und Betriebsratsvorsitzende war. 2008 wurde ich dann aber doch arbeitslos. Ein Jahr lang habe ich nach Arbeit gesucht, habe aber keine Stelle gefunden. Als nach dieser Zeit das Arbeitslosengeld I endete, hatte ich zum ersten Mal Kontakt zum Jobcenter. Als ehrlicher Mensch habe ich alle Angaben korrekt gemacht – auch die zu meinen beiden privaten Altersvorsorgen. Ich bin fest davon ausgegangen, dass der Staat diese Vorsorge ja schließlich unterstützt und sie sich deshalb nicht negativ für mich auswirkt. Einige tausend Euro hatte ich in beiden Vorsorgeverträgen angespart. Vom Jobcenter hieß es dann ganz klar: Erst einmal die Vorsorgeverträge auflösen und von diesem Geld leben – dann könne ich wiederkommen und Arbeitslosengeld II beantragen. Das kam für mich nicht in Frage. Auch deshalb, weil ich die Verträge nur mit erheblichen Verlusten hätte kündigen können. Stattdessen habe ich mir 2010 gleich zwei Minijobs gesucht und gehofft, möglichst bald eine feste Stelle zu finden.

Die beiden Minijobs hätten unterschiedlicher nicht sein können. Bei einem dm-Drogeriemarkt habe ich morgens als Warenverräumerin gearbeitet und Regale eingepackt. Wir Minijobber wurden dort sehr korrekt behandelt: Es gab mit über elf Euro pro Stunde Bezahlung nach Tarif, alle gearbeiteten Stunden wurden ganz genau erfasst und tatsächlich auch bezahlt. Es gab Betriebsratsstrukturen, unseren Dienstplan kannten wir in der Regel vier Wochen im Voraus und unsere Arbeit wurde wertgeschätzt. Selbst ein Wechsel in eine Teilzeit- oder Vollzeitstelle war teilweise möglich.

Der zweite Minijob bei einem Speditionsunternehmen war das genaue Gegenteil. Ab mittags habe ich dort oft für fünf bis sechs Stunden mit meinen Minijob-Kollegen in einer dunklen, kalten Lagerhalle stupide Arbeiten zu Aufträgen gemacht, die die Firma akquiriert hatte. Zum

Foto: privat



Beispiel mussten wir stundenlang Messeeinladungen kuvertieren oder Geschenkboxen aus Blech mit Kinogutscheinen und Gummibärchen füllen. Hier gab es im Prinzip nur Minijobber, selbst die Vorarbeiterin war nicht wirklich fest angestellt, sondern arbeitete auf Honorarbasis. In diesem Minijob gab es nur 6,50 Euro die Stunde, unsere Arbeitseinsätze bekamen wir kurzfristig auf Zuruf mitgeteilt und bei den gearbeiteten Stunden pro Monat wurde regelmäßig manipuliert, um nicht über die Geringfügigkeitsgrenze zu rutschen. Wenigstens wurden uns die nicht ausgezahlten Stunden für den nächsten Monat gutgeschrieben. Trotzdem: Für Menschen, die solch einen Minijob über Jahre machen müssen, sind diese Verhältnisse natürlich eine Katastrophe. Von den Arbeitsbedingungen einmal ganz abgesehen, stolpert man von einem finanziellen Loch zum nächsten. Und das, obwohl man oft genau so viel arbeitet, wie andere Menschen in Vollzeitstellen auch.

Ich habe in meiner Minijob-Zeit morgens bei dm gearbeitet, danach meine kranke Mutter gepflegt und ab mittags bis abends dann in der Lagerhalle weitergemacht. Dafür gab es dann am Monatsende keine 800 Euro. Wenn Menschen schon dazu gezwungen sind, so etwas zu machen, müssen sie trotzdem anständig und fair behandelt und bezahlt werden. Rahmenbedingungen wie bei meinem ersten Minijob sollten die Regel sein, nicht die Ausnahme. Denn auch die Arbeit der Minijobber ist etwas wert. Ich habe nach rund acht Monaten mit doppeltem Minijob wieder eine Stelle gefunden und arbeite jetzt bei der Bundesverwaltung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft – unbefristet. "

Foto: Monkey Business/Fotolia.com

ES GEHT AUCH ANDERS

Das Reformkonzept des DGB

Warum wir eine Reform der Minijobs brauchen? Weil uns wissenschaftliche Untersuchungen und die Berichte aus der Lebens- und Arbeitsrealität der Betroffenen zeigen: Die Minijobs bieten Beschäftigten kaum Vorteile, werden aber für die allermeisten zur Sackgasse ohne Aufstiegschancen, ohne soziale Absicherung, mit Niedriglöhnen und mit Tätigkeiten weit unterhalb der eigenen Qualifikation. Das muss sich ändern. Der DGB hat deshalb ein Reformkonzept für die Minijobs vorgelegt.

VOLLE SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHT AB DEM ERSTEN EURO

„Die meisten von uns werden später im Alter in die Grundsicherung müssen. Ich bin für eine Sozialversicherungspflicht ab dem ersten verdienten Euro. Dann wären die Arbeitgeber in der Pflicht."
Christa Rein (Seite 14)

Statt pauschalen Beiträgen wie heute in den Minijobs sollen nach dem DGB-Reformkonzept für alle Beschäftigungsverhältnisse ab dem ersten verdienten Euro volle Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden – so erwerben alle Beschäftigten eigenständige und individuelle Ansprüche. Gerade für die Altersvorsorge über die gesetzliche Rentenversicherung ist das von besonderer Bedeutung: Minijob heißt heute automatisch auch Minirente. Damit soll Schluss sein. Die Gleitzone, die heute schon für die Midi-Jobs zwischen 450 und 850 Euro gilt, wird auf den kompletten Einkommensbereich zwischen 0 und 850 ausgeweitet. Das heißt: Bei einem Euro Lohn würde der Arbeitgeber die vollen Sozialversicherungsbeiträge übernehmen. Danach steigt der Anteil, den die Arbeitnehmer bezahlen, in einer Gleitzone bis 850 Euro an. Ab 850 Euro Lohn wäre dann die paritätische Beitragsfinanzierung erreicht: Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen je die Hälfte der Beiträge. So wird die Minijobmauer aufgelöst, gleichzeitig werden die Beschäftigten in unteren Einkommensbereichen nicht über Gebühr belastet und sichern sich trotzdem wichtige Sozialversicherungsansprüche und -leistungen.

GESETZLICHER MINDESTLOHN UND AUSWEITUNG VON TARIFLICHEN MINDESTLÖHNEN

„Bei diesen Stundenlöhnen würde es sich für mich kaum lohnen, mehr Stunden oder Vollzeit zu arbeiten. Selbst Kolleginnen, die acht Stunden jeden Tag arbeiten, müssen oft zum Amt aufstocken."
Helen Gärtner (Seite 8)

Mit einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde und mehr Tarifverträgen, die für allgemeinverbindlich erklärt werden, gehören Dumpinglöhne der Vergangenheit an. Neben dem gesetzlichen Mindestlohn müssen auch bei Teilzeitarbeit alle anderen gesetzlichen Mindestbestimmungen wie Urlaub und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf ihre Einhaltung kontrolliert werden. Dafür muss die zuständige Finanzkontrolle Schwarzarbeit wirksam arbeiten können und personell entsprechend ausgestattet sein.

„Ich habe immer wieder gefragt, ob ich nicht mehr arbeiten könne. Doch seit über acht Jahre bekomme ich nun ein Nein."
Karina Berg (Seite 16)

RECHTSANSPRUCH AUF ARBEITSZEITERHÖHUNG

Regelungen zu einem Rechtsanspruch auf Teilzeit, also auf Arbeitszeitverkürzung, gibt es bereits heute. Dagegen ist das Recht auf eine Arbeitszeiterhöhung nur sehr schwach ausgestaltet. Der DGB fordert deshalb auch ein wirkliches Recht auf Arbeitszeiterhöhung, wenn der betriebliche Rahmen es zulässt. Der Rechtsanspruch auf eine Arbeitszeiterhöhung bis hin zur Vollzeitarbeit muss – analog zum bestehenden Recht auf Teilzeitarbeit – gestärkt werden.

„Viele Frauen setzen darauf, dass sie auch im Alter noch mit ihrem Ehemann zusammen sind, dessen Rente dann den gemeinsamen Ruhestand finanziert."
Christa Rein (Seite 14)

FAKTORVERFAHREN: FRAUEN AUS DER STEUERFALLE HOLEN

Im weit überwiegenden Teil der Minijobs arbeiten Frauen. Steuerrechtlich sorgt heute das Steuerklassensystem dafür, dass dem höheren Einkommen (also häufig dem des Mannes) alle Steuervorteile zugeschrieben werden, während dem geringeren Einkommen (häufig der Frau) eine hohe Steuerbelastung aufgebürdet wird. Das ist ungerecht und benachteiligt Frauen bei der Berechnung ihrer individuellen Sozialleistungen. Unabhängig von der Diskussion über Sinn oder Unsinn des Splittingverfahrens, schlägt der DGB einen pragmatischen Weg vor. Schon heute gibt es alternativ zur Steuerklasse III/V das so genannte Faktorverfahren. Hier wird die steuermindernde Splitting-Wirkung durch einen speziell berechneten Faktor bei beiden Einkommen bereits beim Lohnsteuerabzug berücksichtigt. So bleiben die Vorteile des Splittings, ohne dass dem geringeren Einkommen (also häufig dem der Frau) Anreize für Arbeitszeit- und Einkommenssteigerungen verloren gehen oder individuelle Sozialansprüche geringer ausfallen. Das Faktorverfahren ist heute freiwillig. Nach dem DGB-Reformkonzept soll es verpflichtend werden, wenn beide Ehepartner erwerbstätig sind – natürlich mit angemessenen Übergangsfristen.

SINNVOLLE AUSNAHMEN BLEIBEN MÖGLICH

Schon heute gibt es Ausnahmen bei der Besteuerung gesellschaftlich nützlicher Tätigkeiten – etwa in Sportvereinen oder Jugendgruppen. Der DGB spricht sich dafür aus, diese Ausnahmen auszuweiten. RentnerInnen und Studierende sind schon heute teilweise von Sozialversicherungsbeiträgen befreit – für sie müssen die heutigen Minijob-Regelungen nicht erhalten bleiben. Und SchülerInnen könnten im Rahmen einer Taschengeldregelung weiterhin sozialabgabenfrei Einkommen bis zu einer bestimmten Grenze haben. Sinnvolle Ausnahmen: ja. Massenhafter Ausweitung des Niedriglohnsektors über Minijobs: nein.

Mehr zum Reformkonzept des DGB gibt es online unter: **www.dgb.de/minijobs**


DGB
Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt
IG BCE
EVG
GEW
IG M
NGG
GEWERKSCHAFT
ver.di